

Gesamte Rechtsvorschrift für Wiener COVID-19-Maßnahmenbegleitverordnung 2022, Fassung vom 01.03.2022

Langtitel

Verordnung des Landeshauptmannes von Wien über begleitende Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 für das Jahr 2022 (Wiener COVID-19-Maßnahmenbegleitverordnung 2022)

StF: LGBl. Nr. 5/2022

Änderung

LGBl. Nr. 6/2022

LGBl. Nr. 8/2022

LGBl. Nr. 9/2022

LGBl. Nr. 11/2022

Präambel/Promulgationsklausel

Auf Grund der §§ 3 Abs. 1, 4 Abs. 1, 4a Abs. 1, 5 Abs. 1 und 7 Abs. 2 des COVID-19-Maßnahmegesetzes, BGBl. I Nr. 12/2020 in der Fassung BGBl. I Nr. 6/2022, wird verordnet:

Text

Gastgewerbe und Sportstätten

§ 1. (1) Zusätzlich zu § 6 Abs. 1 der 4. COVID-19-MV darf der Betreiber von Betriebsstätten sämtlicher Betriebsarten der Gastgewerbe Kunden zum Zweck des Erwerbs von Waren oder der Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Gastgewerbes nur einlassen, wenn diese einen 2G-Nachweis gemäß § 2 Abs. 2 Z 2 der 4. COVID-19-MV vorweisen.

(2) Zusätzlich zu § 8 Abs. 2 und 4 der 4. COVID-19-MV darf der Betreiber von Sportstätten in geschlossenen Räumen Kunden nur einlassen, wenn diese einen 2G-Nachweis gemäß § 2 Abs. 2 Z 2 der 4. COVID-19-MV vorweisen.

3G-Nachweise

§ 1a. Zusätzlich zu § 4 Abs. 4 Z 1, § 5 Abs. 2, § 7 Abs. 2, § 9 Abs. 2 und Abs. 5 letzter Satz, § 13 Abs. 1 Z 1, § 14, § 16 und § 17 Abs. 1 der 4. COVID-19-MV dürfen Betreiber und Verantwortliche von

1. Reisebussen und Ausflugsschiffen im Gelegenheitsverkehr,
2. Betriebsstätten zur Inanspruchnahme von körpernahen Dienstleistungen,
3. Beherbergungsbetrieben,
4. Freizeit- und Kultureinrichtungen,
5. Zusammenkünften,
6. Zusammenkünften von Personen im Rahmen von außerschulischer Jugendberziehung und Jugendarbeit sowie betreuten Ferienlagern,
7. Fach- und Publikumsmessen und
8. Gelegenheitsmärkten

Personen zum Zweck des Erwerbs von Waren, der Inanspruchnahme von Dienstleistungen oder zur Teilnahme an Zusammenkünften nur einlassen, wenn diese einen 3G-Nachweis gemäß § 2 Abs. 2 Z 4 Einleitungssatz und lit. a der 4. COVID-19-MV vorweisen, wobei ein Nachweis über ein negatives Testergebnis eines molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2 (PCR-Test) nur dann zulässig ist, wenn dessen Abnahme nicht mehr als 48 Stunden zurückliegt.

Orte der beruflichen Tätigkeit

§ 2. Zusätzlich zu § 10 Abs. 2 der 4. COVID-19-MV dürfen Arbeitnehmer, Inhaber und Betreiber Arbeitsorte, an denen physische Kontakte zu anderen Personen nicht ausgeschlossen werden können, nur

betreten, wenn sie über einen 3G-Nachweis gemäß § 2 Abs. 2 Z 4 Einleitungssatz und lit. a der 4. COVID-19-MV verfügen, wobei ein Nachweis über ein negatives Testergebnis eines molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2 (PCR-Test) nur dann zulässig ist, wenn dessen Abnahme nicht mehr als 48 Stunden zurückliegt. Dies gilt auch für auswärtige Arbeitsstellen sowie für Erbringer mobiler Pflege- und Betreuungsdienstleistungen gemäß § 10 Abs. 4 der 4. COVID-19-MV im Falle des Vorweisens eines 2,5G-Nachweises gemäß § 2 Abs. 2 Z 3 der 4. COVID-19-MV.

Alten- und Pflegeheime sowie stationäre Wohneinrichtungen der Behindertenhilfe

§ 3. (1) Zusätzlich zu § 11 Abs. 2 der 4. COVID-19-MV hat der Betreiber eines Alten- und Pflegeheimes oder einer stationären Wohneinrichtung der Behindertenhilfe sicherzustellen, dass pro Bewohner pro Tag höchstens zwei Besucher eingelassen werden. Zusätzlich dürfen

1. höchstens zwei Personen pro unterstützungsbedürftigem Bewohner pro Tag, wenn diese regelmäßige Unterstützungs- und Betreuungsaufgaben leisten;
2. höchstens zwei Personen zur Begleitung minderjähriger Bewohner von stationären Wohneinrichtungen der Behindertenhilfe pro Tag

eingelassen werden. Diese Einschränkungen gelten nicht für Besuche im Rahmen der Palliativ- und Hospizbegleitung, Seelsorge sowie zur Begleitung bei kritischen Lebensereignissen.

(2) Zusätzlich zu § 11 Abs. 2 der 4. COVID-19-MV und § 3 Abs. 1 dieser Verordnung darf der Betreiber eines Alten- und Pflegeheimes oder einer stationären Wohneinrichtung der Behindertenhilfe Besucher nur einlassen, wenn sie einen 2G-Nachweis gemäß § 2 Abs. 2 Z 2 der 4. COVID-19-MV und zusätzlich einen Nachweis über ein negatives Ergebnis eines molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2 (PCR-Test), dessen Abnahme nicht mehr als 48 Stunden zurückliegen darf, vorweisen. Dies gilt nicht für Personen gemäß Abs. 1 Z 2 und Abs. 1 letzter Satz.

(3) Für die in Abs. 1 Z 1 genannten Personen gilt § 5 Abs. 1 und 2 sinngemäß.

Bettenführende Kranken- und Kuranstalten

§ 4. (1) Zusätzlich zu § 12 Abs. 2 der 4. COVID-19-MV darf der Betreiber einer bettenführenden Kranken- oder Kuranstalt höchstens einen Besucher pro Patient pro Woche, sofern der Patient in der Krankenanstalt oder Kuranstalt länger als eine Woche aufgenommen ist, einlassen. Zusätzlich dürfen pro Tag höchstens zwei Personen

1. zur Begleitung unterstützungsbedürftiger Patienten und
2. zur Begleitung oder zum Besuch minderjähriger Patienten

eingelassen werden. Diese Einschränkungen gelten nicht für Besuche im Rahmen der Palliativ- und Hospizbegleitung, Seelsorge sowie zur Begleitung bei kritischen Lebensereignissen.

(2) Zusätzlich zu § 12 Abs. 2 der 4. COVID-19-MV und § 4 Abs. 1 dieser Verordnung darf der Betreiber Besucher nur einlassen, wenn diese einen 2G-Nachweis gemäß § 2 Abs. 2 Z 2 der 4. COVID-19-MV und zusätzlich einen Nachweis über ein negatives Ergebnis eines molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2 (PCR-Test), dessen Abnahme nicht mehr als 48 Stunden zurückliegen darf, vorweisen. Dies gilt nicht für Personen zur Begleitung oder zum Besuch minderjähriger Patienten, für Begleitpersonen im Fall einer Entbindung sowie für Besuche gemäß Abs. 1 letzter Satz.

Orte der beruflichen Tätigkeit in bettenführenden Krankenanstalten sowie Alten- und Pflegeheimen

§ 5. (1) Zusätzlich zu § 11 Abs. 4 und § 12 Abs. 4 der 4. COVID-19-MV dürfen Arbeitnehmer, Inhaber und Betreiber bettenführende Krankenanstalten sowie Alten- und Pflegeheime nur betreten, wenn sie über einen 2G-Nachweis gemäß § 2 Abs. 2 Z 2 der 4. COVID-19-MV verfügen.

(2) Kann ein Nachweis gemäß Abs. 1 nicht vorgewiesen werden, ist ein Nachweis über ein negatives Testergebnis eines molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2 (PCR-Test) vorzuweisen, dessen Abnahme nicht mehr als 48 Stunden zurückliegt. In Ausnahmefällen kann, wenn es zur Aufrechterhaltung des Betriebes unbedingt erforderlich ist, ein Nachweis über ein negatives Ergebnis eines molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2 (PCR-Test), dessen Abnahme nicht mehr als 72 Stunden zurückliegen darf, vorgewiesen werden.

(3) Zusätzlich zu § 11 Abs. 4 und § 12 Abs. 4 der 4. COVID-19-MV haben alle Arbeitnehmer, Inhaber und Betreiber beim Betreten des Ortes der beruflichen Tätigkeit zweimal wöchentlich ein negatives Testergebnis eines molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2 (PCR-Test) vorzulegen.

(4) Abs. 3 gilt nicht für Arbeitnehmer, Inhaber und Betreiber, die nach dem 15.1.2022 von einer Infektion mit SARS-CoV-2 genesen sind, für den Zeitraum von zwei Monaten nach abgelaufener Infektion.

(5) Abs. 1 und 2 gilt sinngemäß auch für das Betreten durch Personen gemäß § 11 Abs. 5 und § 12 Abs. 5 der 4. COVID-19-MV.

Zusammenkünfte

§ 6. *entfällt*; LGBl. Nr. 6/2022 vom 5.2.2022

Elementare Bildungseinrichtungen

§ 7. (1) Zusätzlich zu § 20 Abs. 2 der 4. COVID-19-MV dürfen elementare Bildungseinrichtungen nur betreten werden, wenn ein 3G-Nachweis gemäß § 2 Abs. 2 Z 4 Einleitungssatz und lit. a der 4. COVID-19-MV vorgewiesen wird, wobei ein Nachweis über ein negatives Testergebnis eines molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2 (PCR-Test) nur dann zulässig ist, wenn dessen Abnahme nicht mehr als 48 Stunden zurückliegt.

(2) Zusätzlich zu Abs. 1 haben Arbeitnehmer, Inhaber und Betreiber, die einen 2G-Nachweis gemäß § 2 Abs. 2 Z 2 der 4. COVID-19-MV erbringen, einmal wöchentlich, Arbeitnehmer, Inhaber und Betreiber, die keinen 2G-Nachweis gemäß § 2 Abs. 2 Z 2 der 4. COVID-19-MV erbringen, dreimal wöchentlich, ein negatives Testergebnis eines molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2 (PCR-Test) vorzulegen.

(3) Das Betreten von elementaren Bildungseinrichtungen ist mit Ausnahme der betreuten Kinder nur zulässig, wenn eine Atemschutzmaske der Schutzklasse FFP2 (FFP2-Maske) ohne Ausatemventil oder eine Maske mit mindestens gleichwertig genormtem Standard getragen wird. Dies gilt nicht für das betreuende Personal während des Aufenthalts in Gruppenräumen, in denen ausschließlich Kinder bis zum Beginn der Schulpflicht betreut werden.

(4) Die Verpflichtung gemäß Abs. 1 zum Vorweisen eines 3G-Nachweises gemäß § 2 Abs. 2 Z 4 Einleitungssatz und lit. a der 4. COVID-19-MV gilt nicht, wenn die Einrichtung bloß kurzfristig, insbesondere zum Zweck der Abholung von Kindern, betreten wird.

Ausnahmen und Glaubhaftmachung

§ 8. (1) § 6 Abs. 7 und 8, § 7 Abs. 5, § 11 Abs. 10, § 12 Abs. 7, § 20 Abs. 1 bis 6 und Abs. 8, 9 und 14, § 21 und § 23 der 4. COVID-19-MV sind sinngemäß anzuwenden.

(2) Die Pflicht zur Vorlage eines Nachweises über eine geringe epidemiologische Gefahr gemäß § 2 Abs. 2 der 4. COVID-19-MV gilt nicht für Kinder bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr.

(3) Zusätzlich zu § 20 Abs. 7 in Verbindung mit § 2 Abs. 2, § 4 Abs. 4, § 5 Abs. 2, § 6 Abs. 1, § 7 Abs. 2, § 8 Abs. 2, § 9 Abs. 2 und 5, § 11 Abs. 2, § 12 Abs. 2, § 13 Abs. 1, § 14, § 16 und § 17 der 4. COVID-19-MV und §§ 1, 1a, 3, 4 und 7 dieser Verordnung gilt für Personen vom vollendeten 6. Lebensjahr bis drei Monate nach Vollendung des 12. Lebensjahres, dass eine Verpflichtung zur Vorlage eines Nachweises gemäß § 2 Abs. 2 der 4. COVID-19-MV besteht. Dies gilt nicht für Kinder bis zum Beginn der Schulpflicht in der elementaren Bildungseinrichtung, in der sie betreut werden. Anstelle eines 2G-Nachweises gemäß § 2 Abs. 2 Z 2 der 4. COVID-19-MV darf ein 3G-Nachweis gemäß § 2 Abs. 2 Z 4 der 4. COVID-19-MV vorgewiesen werden, wobei die Abnahme eines Antigentests auf SARS-CoV-2 nicht länger als 48 Stunden zurückliegen darf.

(4) Zusätzlich zu § 2 Abs. 2 und 3, § 6 Abs. 1, § 8 Abs. 2, § 11 Abs. 2 und § 12 Abs. 2 der 4. COVID-19-MV und §§ 1, 3, 4 und 7 dieser Verordnung gilt für Personen, die älter als 3 Monate ab Vollendung des 12. Lebensjahres sind und im schulpflichtigen Alter sind, dass anstelle eines 2G-Nachweises gemäß § 2 Abs. 2 Z 2 der 4. COVID-19-MV oder eines 2G-Nachweises gemäß § 2 Abs. 2 Z 2 der 4. COVID-19-MV und eines zusätzlichen Nachweises über ein negatives Testergebnis eines molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2 (PCR-Test) auch ein Nachweis über ein negatives Testergebnis eines molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2 (PCR-Test), dessen Abnahme nicht länger als 48 Stunden zurückliegen darf, in Form eines

- a) Zertifikates gemäß § 4c Epidemiegesetz 1950,
- b) Nachweises einer befugten Stelle oder
- c) Nachweises gemäß § 3 Z 8 der COVID-19-Schulverordnung 2021/22 (Corona-Testpass)

vorgewiesen werden kann.

(5) Zusätzlich zu § 20 Abs. 10 der 4. COVID-19-MV gilt für Schwangere, dass die Abnahme des vorzuweisenden negativen Testergebnisses eines molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2 (PCR-Test) nicht länger als 48 Stunden zurückliegen darf.

(6) Zusätzlich zu § 20 Abs. 11 der 4. COVID-19-MV gilt für Personen, die nicht ohne Gefahr für Leben oder Gesundheit geimpft werden können, dass die Abnahme des vorzuweisenden negativen

Testergebnisses eines molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2 (PCR-Test) nicht länger als 48 Stunden zurückliegen darf.

(7) Kann glaubhaft gemacht werden, dass ein gemäß §§ 3 bis 5 dieser Verordnung vorgeschriebenes negatives Ergebnis eines molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2 aus Gründen der mangelnden Verfügbarkeit, einer nicht zeitgerechten Auswertung oder auf Grund der Unvorhersehbarkeit der zu erbringenden dienstlichen Tätigkeit nicht vorgewiesen werden kann, darf ausnahmsweise auch ein Nachweis einer befugten Stelle über ein negatives Ergebnis eines Antigentests auf SARS-CoV-2, dessen Abnahme nicht mehr als 24 Stunden zurückliegen darf, vorgewiesen werden. In diesen Fällen ist eine Atemschutzmaske der Schutzklasse FFP2 (FFP2-Maske) ohne Ausatemventil oder eine Maske mit mindestens gleichwertig genormtem Standard zu tragen. Dies gilt nicht für den eigenen privaten Wohnbereich.

Verweise

§ 9. Sämtliche Verweise in dieser Verordnung auf Bundes- und Landesgesetze und Bundesverordnungen beziehen sich auf folgende Fassungen:

1. Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186/1950 in der Fassung BGBl. I Nr. 6/2022;
2. 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 4. COVID-19-MV, BGBl. II Nr. 34/2022 in der Fassung BGBl. II Nr. 71/2022;
3. Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur Bewältigung der COVID-19 Folgen im Schulwesen für das Schuljahr 2021/22 (COVID-19-Schulverordnung 2021/22 – C-SchVO 2021/22), BGBl. II Nr. 374/2021 in der Fassung BGBl. II Nr. 70/2022.

Inkrafttreten

§ 10. (1) Die Verordnung tritt mit 31. Jänner 2022 in Kraft und mit Ablauf des 5. März 2022 außer Kraft.

(2) §§ 8 Abs. 1, 3 und 4, § 9 Z 1, 2 und 3 sowie § 10 Abs. 1 und 2 in der Fassung des LGBl. für Wien Nr. 6/2022 treten mit 6. Februar 2022 in Kraft; gleichzeitig tritt § 6 außer Kraft.

(3) §§ 1, 3, 4, 5 Abs. 1, 3, 4 und 5, 8 Abs. 1, 3 und 4, § 9 Z 2 und 3 sowie § 10 Abs. 1 und 3 in der Fassung des LGBl. für Wien Nr. 8/2022 treten mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag in Kraft, gleichzeitig treten § 7 Abs. 5 und § 9 Z 4 außer Kraft.

(4) §§ 1, 1a, 8 Abs. 1 und 3 bis 7, 9 Z 2 und Z 3 sowie § 10 Abs. 1 und 4 in der Fassung des LGBl. für Wien Nr. 9/2022 treten mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

(5) §§ 8 Abs. 3, 9 Z 2 und 3 sowie § 10 Abs. 1 und 5 in der Fassung des LGBl. für Wien Nr. 11/2022 treten mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag in Kraft.